

Überlastungsanzeige dreier Augenärzte aus Teterow

Die Augenärzte in Teterow Dr. Andreas Richter, Dr. Katrin Riedel und Dr. Martina Ewald haben sich schriftlich an den Präsidenten der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern Dr. Jens Placke gewandt und in Anlehnung an das Beamtenrecht eine sogenannte Überlastungsanzeige erstattet.

In ihrem Schreiben weisen die Kollegen darauf hin, dass sie seit Jahrzehnten als Augenärzte die Patienten der Region mit großem Engagement versorgen. In jedem Quartal wurden zwischen 350 und 400 neue Patienten aus einem großen Umfeld aufgenommen. Nunmehr haben sie das Limit erreicht und mussten einen Aufnahmestopp für Neupatienten verhängen; aktuelle Termine liegen bereits im Advent.

Während die Kollegen regelmäßig in Plausibilitätsprüfungen ob der vielen Patienten und zur Abrechnung gebrachten Leistungen auffällig sind und sich rechtfertigen müssen, werden sie zeitgleich von der Terminservicestelle um Versorgung zusätzlicher Patienten gebeten, von Krankenkassen angerufen und massenhaft von Patienten aus Regionen von mehr als 60 km Entfernung mit Bitte um Aufnahme kontaktiert. *„Dies geschieht in zunehmender Weise aggressiv, teils mit wüstesten Beschimpfungen und zuletzt darin gipfelnd, dass einer unserer Mitarbeiterinnen die Pest an den Hals gewünscht wurde, damit sie einmal sehe, wie das sei, wenn man keine Hilfe erhalte (der besagte Patient kam aus dem 50 km entfernten Bützow und wollte lediglich einen Kontrolltermin!).“*

Seit 2007 arbeiten die Augenärzte in einer vollständig digitalisierten und papierlosen Praxis und verschließen sich nicht dem Fortschritt, sehen aber in nicht funktionierenden digitalen Anwendungen eine Quälerei. Sarkastisch verweisen sie dabei auf das von der Politik gelobte eRezept.

Seit vielen Jahren ist ein (nach Ansicht der Kollegen) „vorprogrammiertes“ Nachwuchsproblem bekannt. Die Ursachen werden u.a. darin gesehen, *„dass die nachrückende Generation nicht gewillt ist im gleichen Umfang zu arbeiten wie ihre Eltern“*. *„Der Wille zur Selbständigkeit mit finanzieller Bürde und Personalverantwortung geht zurück, nicht zuletzt den aktuellen Rahmenbedingungen und mangelnder Würdigung unserer Tätigkeit geschuldet. Mit MVZ-Praxen und Anstellungen lässt sich der Bedarf nicht auffangen. Statistiken und eigene Beobachtungen zeigen, dass der Übergang von einer inhabergeführten Praxis zu ei-*

ner MVZ-Praxis ein Sinken des Versorgungsgrades auf meist 50 % nach sich zieht.“

Mit deutlichen Worten kritisieren die Kollegen, dass die seit vielen Jahren in Anbetracht der Alterszusammensetzung der Ärzteschaft geforderte Erhöhung der Anzahl der Studienplätze ausbleibt. Im Referentenentwurf zum GVSG wurde die Erhöhung der Studienplatzzahlen aus Kostengründen gestrichen. Mit bitterer Ironie bedauern die Kollegen, *„dass Politik nur im Zeitmaß einer Wahlperiode denkt“*. Sie verweisen auf die Tatsache, dass es mindestens elf Jahre, mit Auslands-, Pausen- und Promotionssemestern usw. meist 12-13 Jahre dauert, bis heutige Studierende in der Versorgung ankommen. *„Zeitgleich machen Politik und Kassenvertreter den Versicherten ein Versprechen auf wohnortnahe, vollumfängliche Versorgung (am liebsten noch in den Abendstunden und an den Wochenenden) und propagieren das Recht auf Zweitmeinungen usw., also noch häufigere Konsultationen. Wie geht das zusammen?“*

Diese Situation lasse die Generation der aktuell um die Sechzigjährigen über einen vorzeitigen Ausstieg aus dem System nachdenken. *„Nur die Verantwortung gegenüber den Patienten hält viele noch davon ab.“*

Abschließend schlagen die Kollegen vor, Studienplätzen im Land zu schaffen, die an die Verpflichtung einer späteren Tätigkeit hier im Bundesland gebunden sind. Studienplätze sollten bevorzugt an Landeskinder vergeben werden, von denen eher zu erwarten ist, dass sie im Land bleiben. Förderung der Facharztweiterbildung im ambulanten und stationären Bereich; in der Augenheilkunde ist die Zeit im stationären Bereich das Nadelöhr. Abhilfe könnte die Delegation aus einer auszubildenden Praxis schaffen, die allerdings auch zu finanzieren ist. Ausländische Ärzte können keine Lösung sein.

W. S. (Der vollständige Brief liegt der Redaktion vor.)